

Schlußfolgernd aus den bisher angeführten wichtigsten Mängeln bei der Bekämpfung der Republikflucht durch den Staatsapparat, den Parteien und Massenorganisationen ergibt sich aber auch, daß neben der Unterschätzung der Republikflucht ein Teil der Funktionäre und Mitarbeiter offensichtlich selbst nicht immer von der Richtigkeit der Politik der Partei und Regierung überzeugt ist und deshalb zu den Fragen der Republikflucht eine versöhnliche Haltung einnimmt.

Trotzdem die Verantwortlichen und Mitarbeiter der meisten staatlichen Einrichtungen zum Teil mehrmals auf das Problem der Republikfluchten auch vom MFS hingewiesen wurden, sieht die Bekämpfung in der Praxis so aus, daß immer mehr der ihrem Aufgabenbereich zugehörenden Personen, z.B. Lehrer, Ärzte, u.a. flüchten.

Einige typische Beispiele für Mängel und Schwächen bei der Bekämpfung der Republikflucht:

Das Ministerium für Volksbildung bildete eine "Kommission zur Förderung des geistigen und kulturellen Lebens", auf die man sich in Fragen der Bekämpfung der Republikfluchten verläßt, ohne daß bisher irgendwelche Ergebnisse erzielt wurden.

Bei einer Kollegiumssitzung über Republikfluchten wurde nicht die Frage der Bekämpfung gestellt, sondern organisatorische Maßnahmen, z.B. wie man erreichen kann, daß jede Republikflucht schneller gemeldet wird.

Im Staatssekretariat für Hochschulwesen wird - wenn es sich nicht um ausgesprochene Kapazitäten handelt - ebenfalls nur registriert, ohne nach den Gründen zu forschen und wirksame Maßnahmen einzuleiten. Selbst an solchen Punkten, wo die Republikflucht konzentriert auftritt, gibt es keine offensive ideologische Auseinandersetzungen. So wird z.B. auch nicht genügend der als Begründung von den Wissenschaftlern angeführten Meinung entgegengetreten, daß es Berufungen und Wechsel an andere Universitäten schon immer gegeben habe, was ein Zurückweichen gegenüber feindlichen Ideologien bedeutet und vollkommene Unklarheit über den Charakter der beiden deutschen Staaten erkennen läßt.